

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1299

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1299



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Zum Komitee «für Suchtprävention und gegen Netzsperrn»

100% transparent und unabhängig

Glücksspiel ist auch in der Schweiz ein Millionenmarkt. Wir stellen jedoch nicht ökonomische Interessen, sondern unsere Grundwerte ins Zentrum. Die Kampagne des "Komitees für Suchtprävention und gegen Netzsperrn" ist deshalb vollständig unabhängig von Konzernen und legt ihre Finanzierung offen. Das Komitee wurde zu keinem Zeitpunkt von Glücksspielanbietern finanziert.

Mitglieder

- Junge Grüne Schweiz
- Grüne Schweiz
- Jungsozialist*innen Schweiz
- Piratenpartei Schweiz
- Internet Society
- Chaos Computer Club
- Digitale Gesellschaft
- grundrechte.ch
- Alternative Liste Kanton Zürich





Texte der Komitee-Vertreter*innen

Pascal Fouquet - Piratenpartei Schweiz

„Netzsperrern stellen einen Dambruch dar

Wenn man genauer hinschaut sieht man mal wieder wie gekauft die Schweizer Politik ist. Swisslos' Genossenschaftsversammlung besteht ausschliesslich aus Regierungsräten der Kantone, der Verwaltungsrat besteht auch aus Ständeräten und Regierungsräten. Bei anderen Interessenverbänden sieht es ähnlich aus. Und diese greifen alle massiv in den Abstimmungskampf ein. Nicht nur mit den grossangelegten Kampagnen in der Öffentlichkeit, sondern ich verweise hier auch noch explizit auf die zahlreichen Telefonanrufe von Regierungsräten bei Nationalräten am Wochenende vor der Abstimmung im Parlament, in denen massiv Druck ausgeübt wurde auch die Netzsperrern durchzuwickeln. Wieviel Geld hier unsere Politiker für ihr Lobbying von Swisslos, Casinoverband usw. erhalten, bleibt meist, wie auch in anderen Fällen, im Verborgenen. Böswillig könnte man auch Schmiergeld dazu sagen.

Zu den Netzsperrern des Geldspielgesetzes selber sei gesagt, dass dies ein Dambruch darstellt und die Grundintention des Internets, der freie Austausch von Informationen, abschafft. Die gesamte Architektur des Internets ist auf diesen Grundsatz aufgebaut. Und es stellt gleichzeitig schlicht staatliche Zensur dar.

Und ebenfalls wichtig ist, dass die geplanten Netzsperrern Sicherheitsmechanismen aushebeln, die beispielsweise auch Banken für ihre e-Banking Portale nutzen.

Jeder, der trotz dieser Netzsperrern auf eine ausländische Casinoseite kommen will, findet mit einer einfachen google-Suche heraus wie man die Sperre umgehen kann und hat keine zwei Minuten Aufwand dies auch zu tun. Gleichzeitig haben die Netzsperrern massiven Kollateralschaden zur Folge. Neben schon vorhin Genanntem, ein aktuelles Beispiel sieht man in Russland, die wollten den Messenger-Dienst Telegram sperren. Über 10 Millionen Sperren wurden aktiviert. Die Folge? Tausendfach waren unbeteiligte Webseiten gesperrt oder es sind beispielsweise Gogledienste oder Amazondienste und auch Zahlungssystem ausgefallen - aber Telegram funktioniert immer noch.

Der Vorschlag für Netzsperrern wurde von Personen entwickelt, die das Funktionieren und die technischen Details des Internets nicht verstehen oder die Abschaffung wie wir es kennen, einfach billigend in Kauf nehmen.

Das Internet ist das Herz unserer pulsierenden Wirtschaft und am Herz operiert man nicht, wenn jemand eine Schnittwunde am Finger hat. Deshalb ein ganz klares Nein zu Netzsperrern und damit auch zum Geldspielgesetz.“



Bernie Hoeneisen - Internet Society Chapter Switzerland

„Das Geldspielgesetz macht das Internet unsicherer

Aus technischer Sicht haben wir zwei Hauptbedenken zu den Netzsperrern: Wegen der zunehmenden Komplexität wirken sich Netzsperrern auf völlig Unbeteiligte aus. Ausserdem untergraben Netzsperrern Massnahmen zur verbesserten Sicherheit im Internet.

Heutzutage gibt es zahlreiche bequeme Möglichkeiten, um Netzsperrern zu umgehen. Warum sind wir trotzdem äusserst besorgt? Netzsperrern haben Nebenwirkungen: Sie treffen nicht diejenigen, die sie treffen wollen. Typische Besucher von Online Casinos umgehen die lästigen Netzsperrern spielend. Andere, weniger kundige Internet-Benutzer, werden durch komische Warnmeldungen verwirrt. Weil Netzsperrern nicht punktgenau nur die Casino-Seiten sperren können, sind immer auch unbeteiligte Internet-Nutzer und Angebote betroffen. Das kann zu Umsatzausfällen oder Verlust von Emails führen, die wegen Netzsperrern fehlgeleitet werden.

Der Bundesrat betont immer wieder die aufklärende Wirkung von Netzsperrern. Er glaubt, dass Spieler weitergeleitet werden auf eine staatliche Informations-Seite mit dem Hinweis, dass das Spiel in der Schweiz nicht bewilligt sei.

Aber genau diese Transparenz ist nicht gegeben. Die technischen Experten wissen, dass die Informations-Seite nur in den wenigsten Fällen zur Anzeige gebracht wird. Der Grund liegt darin, dass bei verschlüsselten Verbindungen keine staatliche Information, sondern nur eine sog. Phishing-Warnung¹ angezeigt wird. Diese weist darauf hin, dass Angreifer gerade versuchen könnten, private Informationen wie Passwörter oder Kreditkarten-Nummern zu stehlen. Der Staat will nämlich die Provider dazu zwingen, die gleichen technischen Tricks anzuwenden, wie dies Betrüger im Internet tun. Viele Nutzer werden versuchen, solche lästigen «Fehl-Alarme», zu unterdrücken². Unsachgemässes Unterdrücken solcher Warnungen führt dazu, dass Smartphone, Tablet oder Computer fortan ihre Benutzer nicht mehr vor Internet-Betrüger warnen. Das heisst im Endeffekt: Massnahmen, die zu mehr Sicherheit führen sollen, werden durch Netzsperrern untergraben. **Das Geldspielgesetz macht das Internet unsicherer.**

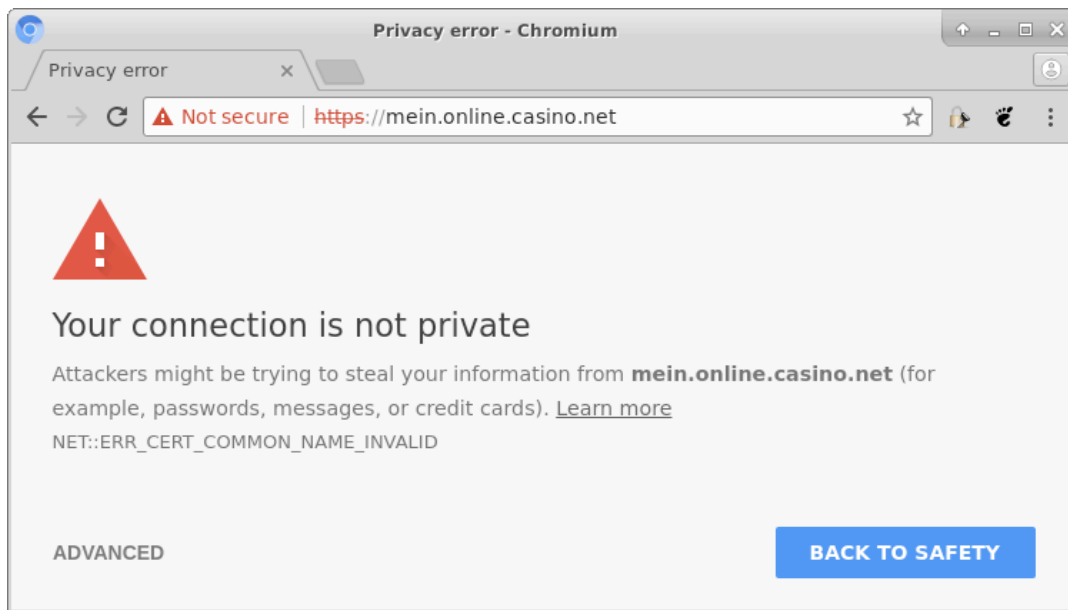
Warum kommen nun Bundesrat und Parlament trotzdem zur Überzeugung, dass das Konzept mit den Netzsperrern und der Informations-Seite funktioniere? Das Bundesamt für Justiz hatte im Jahr 2012 sorgfältige Abklärungen getroffen, insbesondere auch zu den Erfahrungen im Ausland. Allerdings, seither hat sich das Internet rasant weiterentwickelt, insbesondere punkto Sicherheit. Während damals die meisten Websites noch ausschliesslich unverschlüsselt angeboten wurden, wird heute gegen 80% des gesamten Webverkehrs gesichert übertragen³. Ausserdem, Casinos müssen zum Schutz vor Betrug noch stärker auf Sicherheit setzen, so dass der Verschlüsselungs-Anteil bei Casinos heute nahezu 100% betragen dürfte. **Die staatliche Informations-Seite kommt daher - insbesondere bei Casinos – praktisch nie zur Anzeige. Stattdessen erscheint folgende Fehlermeldung:**

1 <https://www.isoc.ch/wp-content/uploads/2018/05/error-netzsperrern-https.png>

2 <https://www.isoc.ch/de/archives/3228>

3

https://transparencyreport.google.com/https/overview?hl=en&load_os_region=chrome-usage:2;series:page-load;groupby:os&lu=load_os_region



Die Ergebnisse der erwähnten Abklärungen des Bundesamts für Justiz aus dem Jahr 2012 sind – zumindest bezüglich Netzsperrn – mittlerweile weitgehend obsolet.“



Simon Gantenbein - Digitale Gesellschaft

„Netzsperrern greifen in den sicheren Datenverkehr ein

Die Digitale Gesellschaft, bringt sich beim Referendum gegen das Geldspielgesetz ein, weil es vom Parlament verabschiedet worden ist, ohne die technischen Konsequenzen zu berücksichtigen. Man hat versucht, eine Problemstellung mit dem Vorschlaghammer passend zu formen, statt einen Ansatz zu verfolgen, der ganzheitlich und verhältnismässig ist.

Wir setzen uns für die Freiheitsrechte in einer vernetzten Welt ein. Wir engagieren uns, weil die Netzsperrern den Internetverkehr technisch manipulieren und in den sicheren Datenverkehr eingreifen.

Ich würde an dieser Stelle, gerne einen Blick in die Zukunft rund um Netzsperrern und Zensur wagen.

Oft wird behauptet, dass es sich bei den Netzsperrern im Geldspielgesetz nicht um ein Präjudiz handle. Es würden also nicht automatisch weitere Netzsperrern folgen. Selbstverständlich können Politik und Stimmbevölkerung über weitere Massnahmen erneut befinden. Dennoch geht es um einen grundsätzlichen Entscheid. Werden Netzsperrern zukünftig in der Schweiz ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von Interessen sein?

Wenn mit diesem Gesetz Spielsüchtige oder die AHV geschützt werden müssen - und selbst Kinderspielplätze und Zoos. Sind es denn die Einkünfte von Musikschaftern nicht auch? Wie schützen wir das Taxigewerbe vor Uber? Die Hotels vor booking.com? Der Handel vor Aliexpress und Amazon? Die Pharmaindustrie vor internationalen Preisvergleichen?

Wir werden wohl bereits bis Ende Jahr weitere Gesetze mit Netzsperrern in der Schweiz sehen. Konkret geht es um das Fernmeldegesetz und das Urheberrecht. Sobald die Zensur-Infrastruktur bei Schweizer Providern erst einmal aufgebaut und vom Steuerzahler finanziert ist, wird sie auch genutzt.

Mit einem «Ja» zum Geldspielgesetz, werden die Provider kritischer Kommunikationsinfrastruktur bald gezwungen weitere Manipulationen vorzunehmen. Mit einem «Nein» zum diesem Geldspielgesetz, erhalten wir nicht nur ein besseres neues Geldspielgesetz – sondern auch eine bessere Lösung in anderen Gesetzen.

Der zweite Ausblick betrifft die DNS-Sperrern.

Die aktuell vorgesehenen Eingriffe in die Kommunikationsinfrastruktur lassen sich heute noch einfach umgehen. Auch Spielsucht-Organisationen räumen ein, dass sich sich Spielsüchtige von DNS-Sperrern nicht abhalten lassen. Der gesetzgeberische Wille ist aber klar: Nicht lizenzierte Angebote sind zu sperren. Das Gesetz lässt die Art der Sperre jedoch komplett offen.



Was kommt also als nächstes, wenn sich DNS-Sperren als komplett untauglich herausstellen. Weil z.B. Browser auf nicht fälschbare DNS-Abfragen setzen, wie dies bei Firefox bereits vorgesehen ist? Folgen dann noch weitreichendere Manipulationen des Internetverkehrs? Deep-Packet-Inspection und IP-Blockaden? Ein Verbot von Verschlüsselung oder Hintertüren für Behörden und Provider?

Das Thema Netzsperrern hat Auswirkungen über das Geldspielgesetz hinaus. Mit dem Einführen von Netzsperrern wird eine gefährliche Schwelle überschritten. Ein Dambruch ist vorprogrammiert.“



Sibel Arslan - Nationalrätin Grüne Schweiz, Mitglied der Rechtskommission

„Die grossen Verlierer*innen der Vorlage sind die Suchtgefährdeten

Das neue Geldspielgesetz beinhaltet nur sehr wenig wirksame Massnahmen zum Schutz der SpielerInnen. Umso erstaunlicher, dass die Suchtpräventionsstellen das Gesetz in dieser Form akzeptieren! Denn es reicht nicht aus, die SpielanbieterInnen dazu zu verpflichten, gemeinsam mit Suchtfachstellen ein Sozialschutzkonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Die Forderungen der Suchtfachstellen nach einer ExpertInnen-Kommission zu Spielsuchtfragen oder einer Spielsuchtabgabe für Casinos wären grundlegend, wurden im Gesetz aber nicht aufgenommen.

Zudem bleiben mit dem neuen Gesetz GrenzgängerInnen in Grenzgebieten, die in der Schweiz gesperrt wurden, absolut ungeschützt.

«Das Gesetz umfasst keine ausreichenden Massnahmen zur Prävention und zum SpielerInnen-schutz, die den neuen und grösseren Risiken, die von Online-Geldspielen ausgehen, Rechnung tragen.» Zitat der Koalition zum Schutz der Spieler*innen.

Die Netzsperrungen, welche von den SuchtexpertInnen als Präventionsmassnahme betrachtet werden, sind nicht als solche ernstzunehmen. Denn sie können ohne weiteres umgangen werden.

Wir verpassen mit dem Geldspielgesetz die Chance, auch ausländische AnbieterInnen aus Offshore-Staaten wie Malta, Gibraltar usw. dazu zu verpflichten, Präventionsmassnahmen umzusetzen.

Wir haben sowohl zu Beginn der Beratung des Gesetzes als auch in der Schlussberatung deutlich kritisiert, dass das Gesetz bezüglich Spielsuchtprävention mangelhaft ist. Aus diesem Grund haben wir auch die Ablehnung beschlossen.

Wir verlangten, dass sich alle Online-AnbieterInnen, auch die ausländischen, für eine Konzession bewerben können. Wer die Rahmenbedingungen erfüllt, sollte eine Konzession erhalten. So wären auch die SpielerInnen, welche dieses Angebot nutzen, bis über die Schweizer Grenzen hinweg geschützt.

Alle anderen AnbieterInnen, welche die Kriterien für eine Konzession nicht erfüllen, würden auf eine schwarze Liste gesetzt. Dass die AnbieterInnen um ihre Reputation besorgt sind und deswegen solche Konzessionen eingehen, zeigen Beispiele aus anderen Ländern, die auf diesem Weg den Schwarzmarkt wirkungsvoll bekämpft haben.

Das Geldspielgesetz sieht zudem vor, dass Glücksspielgewinne neu weitgehend steuerbefreit sein sollen: Lotto- und Online-Gewinne werden künftig erst ab einer Million Franken steuerpflichtig. *Dank dem Einfluss der Casino-Lobby blieben Millionengewinne aus Casinos steuerfrei.* Von Prävention kann hier also nicht die Rede sein, vielmehr kommt diese Massnahme einem neuen Anreiz zum Spielen gleich!

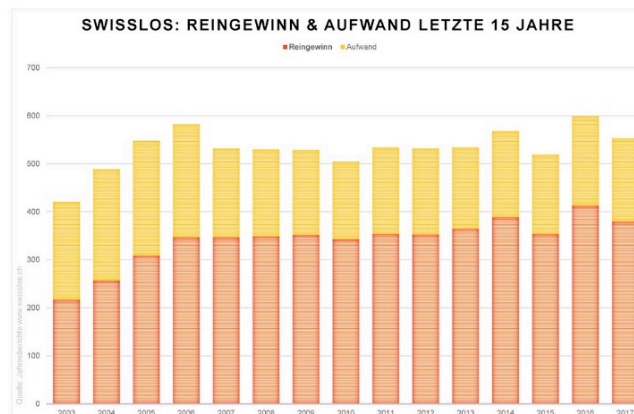
Die Argumente für ein Nein zum Geldspielgesetz überwiegen also auch aus der Perspektive der Suchtprävention klar. Damit wir eine bessere Vorlage, auch für Suchtgefährdete ausarbeiten können, muss dieses Gesetz zwingend abgelehnt werden, auch von den Suchtpräventionsstellen, damit ein besseres Gesetz ausgearbeitet werden kann.“



Luzian Franzini - junge Grüne

„Sehr geehrte Medienschaffende

Die Schweiz ist momentan zugleibt mit Plakaten der Geldspielgesetz-Befürworter*innen. Glaubt man der populistischen Kampagne, so würde ein Nein am 10. Juni das Ende für die Elefanten im Zoo in Zürich bedeuten, Kinderspielplätze würden verlottern und kein Kultur- und Sportvereine würde noch Geld aus den Lotteriefonds kriegen. Die Casino- und Lotterielobby setzt mit insgesamt 3,5 Millionen Franken Budget auf falsche Fakten und Angstmacherei. Gelder, welche eigentlich für gemeinnützige Zwecke bestimmt wären, werden nun durch diese Kampagne zweckentfremdet. Wir bedauern es sehr, dass sich Sportler*innen und Kulturschaffende für eine solche Lügenkampagne einspannen lassen. Denn so sind Sport und Kultur von der Diskussion rund um Online-Casinos gar nicht betroffen. Nur Gelder, welche in der Lotterie erwirtschaftet werden, fließen heute in Sport und Kultur. Die Einnahmen aus der Lotterie sind die letzten Jahre stabil geblieben (vgl. Grafik).



Die Fakten sind klar: bei einem NEIN zum Geldspielgesetz am 10. Juni bleibt der Status quo erhalten und es wird keine Mindereinnahmen geben.

Geld geht jedoch vielmehr bei Annahme des Gesetzes verloren. Die Abschaffung der Geldgewinnsteuer für alle Gewinne unter 1 Million Franken würde zu Steuerausfällen von 63 Millionen Franken führen. 2/3 dieser Gelder würden den Kantonen fehlen, von denen bereits heute viele unter Spardruck leiden.

Mit einem Nein lassen sich solche Mindereinnahmen jedoch verhindern. Ich bin überzeugt, dass es der Politik möglich wäre, schnell ein neues und besseres Geldspielgesetz auszuarbeiten. Denn während ein Grossteil des Geldspielgesetzes unbestritten ist, müssten lediglich die von allen Nein-Komitees kritisierten Punkte angepasst werden. Eine Neuauflage des Geldspielgesetzes muss auf Netzsperrern und Einschränkungen in der grundlegenden Internetinfrastruktur verzichten. Das Parlament muss zudem endlich die von Suchtpräventionsexpert*innen geforderten Punkte ins Gesetz aufnehmen. Um die rund 76 000 Spielsüchtigen und Suchtgefährdeten effektiv zu schützen braucht es eine nationale Expert*innenkommission, wie sie im Gesetzesentwurf des Bundesrates vorgesehen war. Des weiteren fordern fixe Abgaben zugunsten der Suchtprävention in den Kantonen und strik-



tere Werberegelungen im Glücksspielbereich. Wenn sich auch ausländische Pokeranbieter konzessionieren lassen können, kann das bis zu 400 Millionen Franken Mehreinnahmen für die AHV generieren.

Ein Nein am 10. Juni ist ein Zeichen für einen besseren Schutz von Spielsüchtigen, ein Zeichen für ein freies Internet, ein Zeichen für mehr Steuereinnahmen und vor allem aber auch ein starkes Zeichen gegen die Casinolobby und deren Vertreter*innen in Bundesbern. Ich bin überzeugt, dass sich die Stimmbürger*innen von der falschen Angstkampagne nicht einschüchtern lassen und den besseren Argumenten folgen werden. Sei es auf Twitter oder mit Flyern auf der Strasse: die Aktivistinnen und Aktivisten unserer 10 Komiteeorganisationen werden bis zum 10. Juni alles geben.“

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz, 079 781 77 36



grundrechte.ch

**„Geldspiel-Gesetz und Netzsperrern:
Mit lizenzierten Zulassungen gäbe es mehr Geld für Kultur und Suchtprävention**

Online-Geldspiele sind in der Schweiz heute verboten. Mit dem neuen Gesetz will man die rechtliche Grundlage für eine Online-Konzession schaffen. Allerdings können sich nur Betreiber von bestehenden Casinos für die begrenzte Anzahl an Konzessionen bewerben – neue Anbieter aus dem In- oder Ausland sind ausgeschlossen und sollen mit einer Netzsperrern belegt werden. Das ist schädlich und kontraproduktiv.

grundrechte.ch ist gegen die Vorlage, weil Netzsperrern schädlich und unwirksam sind. Sie machen das Internet unsicher und sind zudem extrem einfach zu umgehen. Viel besser wäre es (gewesen), ausländische Anbieter für die Schweiz zu lizenzieren (Vergabe der Konzession zu denselben Bedingungen wie sie für Schweizer Anbieter gelten). So wie das zum Beispiel Dänemark macht (s. Kasten unten). Damit würde der Topf aus dem Glücksspiel insgesamt grösser als mit Netzsperrern und ohne Lizenzierung ausländischer Anbieter, was auch den zahlreichen Kulturschaffenden zugutekäme, die zur Finanzierung ihrer Projekte auf finanzielle Beiträge der Lotteriefonds angewiesen sind. Die jetzige Vorlage ist damit kontraproduktiv und erweist Kulturschaffenden einen Bärendienst.

Bundesrat und Parlament haben es verpasst, auch ausländische Anbieter zu zulassen, sofern sie belegen, dass sie adäquat (analog den Schweizer Anbietern) mit der Spielsuchtproblematik umgehen und in der Schweiz ebenfalls ihren Obulus entrichten. So würde letztlich der Glücksspieltopf grösser. Seriöse ausländische Anbieter wären durchaus bereit, darauf einzusteigen. Die anderen werden auch durch Netzsperrern nur schwer aus der Schweiz ausgesperrt werden können, und den spielsüchtigen Menschen ist damit nicht geholfen.

Es geht bei dieser Vorlage um sehr viel Geld, nicht zuletzt bei der einheimischen Glücksspielindustrie. Aber wenn es nicht nur um den (Konkurrenz-) Schutz der 21 Schweizer Casinos gehen soll (welche übrigens von den Besitzverhältnissen her so einheimisch gar nicht sind), sondern um eine wirksame Regulierung einschliesslich Spielsuchtprävention und darum, auch aus dem Online-Glücksspiel Mittel zur Verfügung zu haben, gerade auch für die Kultur, dann ist das jetzige Gesetz eine sehr schlechte Variante. Deshalb lehnt grundrechte.ch die Vorlage ab mit dem Ziel, dass Bundesrat und Parlament – sollte die Vorlage tatsächlich an der Urne scheitern – die bisherige Haltung überprüfen und sich beispielsweise am Vorgehen von Dänemark orientieren.“

April 2018

Das dänische Modell

(Quelle: NZZ, 9. April 2018)

In Dänemark können seit 2012 auch ausländische Firmen reine Online-Lizenzen erwerben, deren Zahl ist nicht beschränkt (Lizenzen für Online-Kasinos und Online-Wetten). Die Voraussetzungen dafür: Die Anbieter müssen finanziell solide aufgestellt sein und die Gewinne garantieren können; sie müssen die Spieler registrieren und die Angaben mit einer Datenbank abgleichen, auf welcher sich Spieler freiwillig eintragen können, wenn sie sich vom Online-Geldspiel ausschliessen wollen. Die Firma darf ihren Sitz im Ausland haben, muss jedoch der Geldspielbehörde einen Remote- Zu-



gang gewähren zur Kontrolle des Systems. Für Steuerfragen müssen die Firmen in Dänemark selbst eine juristische Vertretung benennen.

Bei allen lizenzierten Anbietern, also auch bei denen im Ausland statten die dänischen Behörden Firmenbesuche ab. Dabei erhält sie nach eigenen Angaben Einsicht in die Struktur der Unternehmen, lernt die Firmenleitung kennen und tauscht sich aus über allgemeine Themen und spezifische Fragen. Mit einem sogenannten Webcrawler, einer automatischen Suchsoftware, sucht die dänische Geldspiel-Behörde das Internet systematisch nach verdächtigen Websites ab. 2017 ergab das 328 Treffer, von denen sich nach genaueren Abklärungen die grosse Mehrheit als legal oder ohne Bezug zum Geldspiel herausstellte. In 31 Fällen intervenierte die Behörde. In einem ersten Schritt weist die dänische Aufsicht die Betreiber darauf hin, dass ihr Angebot dänisches Recht verletze. Sie werden aufgefordert, die illegalen Aktivitäten einzustellen. Erst bei Anbietern von Online-Geldspielen, die nicht kooperieren (beziehungsweise ihr Angebot nicht anpassen), lässt die dänische Behörde den Zugang zu den betreffenden Websites technisch und über ein entsprechendes Gerichtsverfahren sperren.



Textes en français

Bernie Hoeneisen - Internet Society Chapter Switzerland

La loi sur les jeux d'argent fragilise internet

D'un point de vue technique, nous avons deux réserves principales quant au blocage d'internet. D'une part, la complexité croissante du réseau des réseaux fait que les blocages affectent des utilisateurs non concernés ; d'autre part, ils sapent les efforts visant à accroître la sécurité d'internet.

Il existe aujourd'hui un grand nombre de possibilités aisées de contourner un blocage d'internet. Pourquoi dès lors sommes-nous si préoccupés ? Parce que les blocages ont des effets secondaires : ils n'atteignent pas les personnes qu'ils veulent atteindre. Visiter un casino en ligne étranger est un jeu d'enfant pour les aficionados, tandis que des utilisateurs du web moins bien informés des ruses possibles se retrouveront face à des mises en garde surprenantes. En effet, les blocages ne peuvent être circonscrits avec précision aux sites des casinos étrangers, ils affecteront aussi des internautes lambda et des sites sans lien avec les jeux d'argent. Cela peut avoir comme conséquence une perte de chiffre d'affaires pour des commerces en ligne ou la disparition d'emails qui auraient été mal routés en raison des blocages.

Le Conseil fédéral ne cesse d'affirmer qu'il y a une valeur éducative dans les blocages. Il croit que les joueurs seront redirigés vers une page web officielle informant que les jeux d'argent en ligne auprès d'opérateurs étrangers ne sont pas autorisés en Suisse.

Mais cette transparence n'est pas acquise. Les techniciens savent que les pages d'information ne sont affichées que dans une minorité de cas, car lors de communications encryptées, c'est le plus souvent une mise en garde contre le phishing est montrée à l'écran⁴. Celle-ci informe que des attaquants pourraient tenter de s'emparer d'informations privées telles que mots de passe ou numéros de cartes de crédit. Cela montre que l'Etat veut littéralement contraindre les providers à utiliser les mêmes astuces techniques qu'utilisent les fraudeurs du web.

De nombreux internautes vont essayer de se débarrasser de ces fausses alarmes irritantes⁵. Mais intervenir de manière peu experte sur ces mises en garde aboutit à ce que l'appareil utilisé pour surfer, que ce soit un smartphone, une tablette ou un ordinateur, n'avertira à l'avenir plus son propriétaire des tentatives de fraudes auxquelles il sera confronté. Cela signifie en clair que des mesures qui doivent contribuer à accroître la sécurité d'internet sont sapées par la mise en œuvre des blocages.

La loi sur les jeux d'argent fragilise internet.

Comment le Conseil fédéral et les Chambres ont-ils pu quand même se convaincre que le blocage d'URL et la redirection vers une page officielle fonctionnent ? L'Office fédéral de la justice avait procédé à des recherches approfondies en 2012, notamment quant aux expériences à l'étranger.

Depuis, internet s'est développé à grande vitesse, notamment quant à sa sécurité. Alors qu'en 2012 la plupart des sites web n'existaient qu'en version non protégée, quelque 80% du trafic sur le web

4 <https://www.isoc.ch/wp-content/uploads/2018/05/error-netzsperrren-https.png>

5 <https://www.isoc.ch/de/archives/3228>



est aujourd’hui crypté⁶. En outre, les casinos doivent recourir à des mesures de sécurité supplémentaires pour éviter les escroqueries, de sorte que la part des sites web de jeux encryptés est aujourd’hui proche de 100%. **De ce fait, la page officielle d’information ne sera pratiquement jamais affichée, en particulier lors de « visistes » de casinos étrangers.**

Les constants faits en 2012 par l’Office fédéral de la justice sont devenus depuis largement obsolètes – au moins ce qui concerne le blocage de sites web.

6

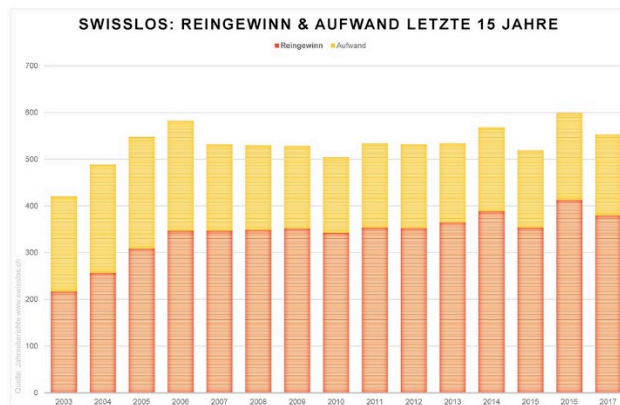
https://transparencyreport.google.com/https/overview?hl=en&load_os_region=chrome-usage:2;series:page-load;groupby:os&lu=load_os_region



Luzian Franzini - jeun-e-s vert-e-s

Chères et chers représentant-e-s des médias

La Suisse est actuellement constellée d'affichages issus du lobby des jeux d'argent. Si l'on en croit cette campagne populiste, un NON le 10 juin signifierait la fin des éléphants au zoo de Zurich, les aires de jeu pour les enfants seraient évaporées et plus aucune association, qu'elle soit culturelle ou sportive, ne recevrait de fonds de la loterie. Le lobby des casinos et des loteries est doté d'un budget de CHF 3,5 millions pour diffuser de faux faits ainsi que de l'anxiété au sein de la population. Les fonds initialement destinés à des oeuvres d'utilité publique sont maintenant détournés par cette campagne. Nous regrettons l'implication d'athlètes et de professionnels de la culture dans cette campagne mensongère, car le sport et la culture ne sont aucunement affectés par la controverse autour des casinos en ligne. Actuellement, seul l'argent généré par les loteries profite directement au sport et à la culture. Les revenus issus des loteries sont restés stables au cours des dernières années (*cf graphique*).



Les faits sont clairs: le statu quo demeurera avec un NON à la loi sur les jeux d'argent le 10 juin et cela n'engendrera aucun déficit.

Au contraire, de l'argent serait perdu en cas d'adoption de la loi. L'abolition de l'impôt sur les gains inférieurs à CHF 1 million entraînerait des pertes fiscales de l'ordre de CHF 30 millions. Les 2/3 de ces fonds manqueraient aux cantons, dont une bonne partie souffre déjà de mesures d'austérité budgétaire.

Avec un NON de telles lacunes peuvent être évitées. Je suis convaincu qu'il est possible que le monde politique élabore rapidement une nouvelle et meilleure loi sur les jeux d'argent. En effet, si une grande partie de cette loi reste incontestable, seuls les points critiqués par le camp du NON doivent être ajustés. Une révision de cette loi doit aboutir à une suppression des blocages réseau et des infrastructures du net. En outre, le parlement doit enfin inclure dans la loi les points exigés par les experts de la prévention et de l'addiction au jeu. Afin de protéger efficacement les quelques 76'000 addict-e-s au jeu en Suisse, il est nécessaire de mettre sur pied une commission nationale d'expert-e-s qui instaure des règles de prévention dans les cantons et qui légifère de manière ciblée dans la publicité sur les jeux d'argent. Si des opérateurs étrangers de poker peuvent également être licenciés, cela peut générer jusqu'à CHF 400 millions de revenus supplémentaires pour l'AVS.



Un NON le 10 juin représenterai un signal en faveur d'une meilleure des accros au jeu, un signal en faveur d'un Internet libre, un signal pour plus de recettes fiscales et, surtout, un signal fort contre le lobby des casinos et ses représentants à la Berne fédérale. Je suis convaincus que les électeurs ne se laisseront pas intimider par une campagne anxiogène et suivront les meilleurs arguments. Que ce soit sur Twitter ou via des dépliants dans la rue, les militant-e-s vont donner le maximum jusqu'au 10 juin.

Luzian Franzini, Co-Président des Jeunes Vert-e-s Suisses, 079 781 77 36